

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Band: 26 (2006)
Heft: 50

Artikel: Über den Keynesianismus hinaus : kein emanzipatorisches Projekt ohne Kritik der politischen Ökonomie
Autor: Eberle, Willi / Schäppi, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652032>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willi Eberle / Hans Schäppi

Über den Keynesianismus hinaus

Kein emanzipatorisches Projekt ohne Kritik der politischen Ökonomie

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wurde der Kapitalismus zum globalen System. Auf dem scheinbaren Höhepunkt des Kapitalismus traten allerdings auch seine regressiven Tendenzen unübersehbar hervor: Im heutigen Regime der flexiblen Akkumulation (Eberle / Schäppi, 2001) wird die Rentabilität nicht mehr so sehr über relative Mehrwertsteigerung, d.h. über neue Produkte und neue Technologien gesteigert, sondern über eine Verschärfung der Ausbeutung. Zudem hat sich seit den frühen 80er Jahren eine Konstellation durchgesetzt, in der sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse auf Bereiche verlagert haben, in denen Produktivitätssteigerungen, wie sie bei fordistischen Gütern wie Autos oder Haushaltsmaschinen üblich waren, nicht mehr möglich sind. Die schwerwiegendsten Folgen sind eine soziale Polarisierung, eine Zunahme der Prekarität und der Armut und eine Verschlechterung der Lebensqualität durch Sparmassnahmen und Privatisierungen in der Bildung, im Gesundheitswesen und in der öffentlichen Versorgung. Hinzu kommt der wachsende Gegensatz zwischen den Ländern der Zentren und der Peripherie, so dass z.B. ganze Kontinente wie etwa Afrika von der Entwicklung abgekoppelt werden. Ein drittes wichtiges Problemfeld ist die massiv zunehmende Umweltzerstörung, welche in einem engen Zusammenhang mit der weltweiten sozialen Regression zu sehen ist (Eberle / Schäppi 2005). Angesichts dieser Entwicklungstrends ist heute die Aktualisierung der Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx aktueller als je.

Wir verstehen Marx und die Kritik der politischen Ökonomie als kritische Theorie. Kritik im doppelten Sinn: einerseits als Kritik der vorherrschenden wirtschaftspolitischen Strategien und andererseits als eine Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise, einem destruktiven, den Menschen und die Natur zerstörenden Prozess. Neoliberale, Sozialliberale und Keynesianer hingegen haben eines gemeinsam: Ganz gleich, ob sie den Kapitalismus verteidigen oder moralisierend kritisieren – er ist für sie der unüberschreitbare Horizont, und es scheint kein Heil ohne Privateigentum zu geben. Daher kommt auch das Desinteresse an einem emanzipatorischen Projekt, einer Perspektive der sozialen Befreiung (Eberle / Schäppi 2006).

Grenzen des Keynesianismus

Die linke Diskussion in der Schweiz bewegt sich heute weitgehend im Kontext keynesianischer Diskurse. Es lassen sich verschiedene Varianten unterscheiden: eher traditionelle Keynesianer wie Serge Gaillard und Claudia Denss (2006), Werner Vontobel und Philipp Löpfe (2005), „Eurokeynesianer“, welche wie Peter Bodenmann die EU mit der Währungsunion als neuen Regulierungsraum verstehen; oder etwa Peter Niggli (2004), welcher ein neues Bretton-Woods-System zur Lösung der Probleme der Länder des Südens vorschlägt. Mit den Neoliberalen verbindet die Keynesianer, dass sie in der Analyse der Krise von einer Störung des Marktgleichgewichts ausgehen (Mattick 1971). In dieser Hinsicht argumentieren sie im gleichen Rahmen wie die Neoliberalen, geben aber auf die Frage, wie der Kapitalismus wieder funktionstüchtiger werden kann, eine andere Antwort. Für die meisten Keynesianer sind die heutigen Probleme des Kapitalismus vor allem eine Folge der blockierten Nachfrage aufgrund einer restriktiven Haushalts- und Lohnpolitik. Zudem wird oft, anknüpfend an Keynes, die Dominanz des Finanz- und Rentenkapitals (grosse Pensionsfonds), welches auf dem industriellen Kapital lastet, für das fehlende Wirtschaftswachstum verantwortlich gemacht. Daraus ergeben sich die Forderungen nach tiefen Zinsen, einer antizyklischen Haushaltspolitik, einer aktiven Lohnpolitik, einer stärkeren Belastung des Finanzkapitals zum Beispiel durch eine Tobinsteuer oder – auf internationaler Ebene – nach einem neuen Bretton-Woods-System, womit die einzelnen Nationalstaaten, insbesondere die Länder des Südens, wieder über einen grösseren Spielraum für eine autonome Wirtschaftspolitik verfügen würden.

Diese Forderungen sind nicht falsch, sie genügen aber nicht, da sie auf einer sehr beschränkten Analyse beruhen. Die Keynesianer vermögen nicht zu erkennen, dass es sich bei den heutigen Problemen nicht um eine Störung des Marktgleichgewichts handelt, sondern um wesentliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturveränderungen, welche sich im Verlaufe der tiefgreifenden Strukturkrise zwischen 1970 und 1985 und der seit 30 Jahren anhaltenden Überakkumulation herausgebildet und stabilisiert haben (Husson 2001). Die Folgen dieser Strukturveränderungen sind etwa die Beseitigung des Bretton-Wood-Systems und die Flexibilisierung der Wechselkurse, die schrittweise Einführung des ungehinderten Kapitalverkehrs, die damit wieder gestärkte Hegemonie der USA und der eingeschränkte Spielraum anderer Staaten sowie die Herausbildung einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Auch wurzelt die heutige Akkumulationschwäche nicht in der unbestreitbaren Dominanz des Finanzkapitals. Das Bank- und Finanzkapital erlangt unter Bedingungen der Überakkumulation immer eine herausragende Rolle als Garant der Durchsetzung der Bedingungen der Kapitalrentabilisierung. Und auch die Liberalisierung der Finanzmärkte ist kein Hindernis für das Funktionieren des Kapitalismus,

sondern ein Ausdruck dessen, dass sich heute ein Weltmarkt mit einer tendenziell einheitlichen durchschnittlichen Profitrate herausbildet und damit die Lohnabhängigen verschiedener Standorte und Länder stärker zueinander in Konkurrenz gesetzt werden können. Der Neoliberalismus ist nicht nur eine Ideologie, sondern ein politisches Projekt, das einer neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtkonfiguration, oder anders gesagt, einem neuen Akkumulationsregime, dem Regime der flexiblen Akkumulation, das Gepräge gegeben hat. Dies wird deutlich, wenn wir etwa an die Hegemonie der USA, an die Disziplinierung der Lohnarbeit oder an die Wiederherstellung der Macht der Kapitaleigentümer gegenüber den Lohnabhängigen denken.

Ob heute mit Hilfe von klassischer keynesianischer Nachfragepolitik die Vollbeschäftigung wieder erreicht und damit die sozialen Probleme gelöst werden können, ist deshalb mehr als fraglich. Was aber viel stärker irritiert, ist die Tatsache, dass von den Keynesianern die Frage nach dem Inhalt des Wirtschaftswachstums kaum gestellt wird. Dies ist schon aus ökologischen Gründen problematisch. Vor allem aber wird damit keine Antwort auf das heutige strukturelle Hauptproblem gegeben: die zunehmende Schere zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und Profitsteigerung. Damit ist freilich nicht gesagt, dass keynesianische Politik heute nicht mehr möglich sei. Dies zeigt am klarsten das Beispiel der USA. Dank Verschuldung und Aufrüstung kennt dieses Land seit den 90er Jahren hohe Wachstumsraten, was aber die Lebensqualität der grossen Mehrheit der Amerikaner nicht verbessert hat. Eine linkskeynesianische Politik hingegen, welche die Frage nach dem Inhalt des Wachstums stellt, ist heute im Konsens nicht durchsetzbar, weil die gesellschaftlichen Voraussetzungen des keynesianischen Klassenkompromisses sich verändert haben.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Folgen des letzten klar linkskeynesianischen Projekts, des ersten Regierungsprogramms unter der französischen Regierung Mauroy von 1981/82: Realisiert wurden eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Erhöhung der Masseneinkommen mit egalisierender Ausrichtung, ein Ausbau des politischen Einflusses auf die wirtschaftliche Entwicklung durch Verstaatlichung und Interventionen, ein Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen und der Beschäftigung sowie Massnahmen zur Kontrolle der Banken. Diese Politik scheiterte in jeder Hinsicht: Die Massenarbeitslosigkeit konnte nicht eingedämmt werden, die Inflation stieg in schwindelerregende Höhen. Vor allem aber setzte darauf eine neoliberale Wende ein, da die Linkskoalition aus PCF und PS die breite Unterstützung aus der Arbeiterklasse, die sie 1980 an die Macht gebracht hatte, nicht nutzte. Vielmehr bremste sie diesen Schwung brüsk ab und vertrieb die Lohnabhängigen aus den zahlreichen besetzten Betrieben, anstatt die Dynamik in einer Perspektive der sozialen Befreiung, der gesellschaftlichen Selbstorganisation weiterzutreiben, wozu die Linkskoalition nicht in der Lage war (Ross / Jenson 1988; Lipietz 1985).

Seither aber sind die Keynesianer nicht radikaler, sondern bescheidener geworden. Ihre Forderungen beschränken sich mittlerweile meistens auf Zinspolitik, eine aktivere Lohn- und Bildungspolitik und eine moralisierende Kritik der Neoliberalen und Neokonservativen. Oder sie projizieren ihre politischen Perspektiven auf die EU, wo aber eine keynesianische Politik eine immer geringere Rolle spielt. Und dies nicht nur, weil die EU-Kommission konservativer geworden ist, sondern in erster Linie weil die multinationalen Konzerne in der EU, genau so wie in der Schweiz, keineswegs Eurokonzerne sind, sondern weltweit investieren, produzieren und verkaufen (Dräger 2005). Sie sind nicht an einem EU-Regulierungsraum, sondern an einer starken Währung, einer niedrigen Inflation und an Lohn- und Budgetrestriktionen interessiert, wofür ihnen die Europäische Zentralbank Garantien gibt. Der Euro erweist sich heute, entgegen den Hoffnungen der Keynesianer, nicht als Vorteil für keynesianische Wirtschaftspolitik, sondern aufgrund des damit verbundenen Stabilitätspaktes als das beinahe wichtigste institutionelle Mittel zur Disziplinierung der Lohnabhängigen.

Forderungen, wie sie Linkskeynesianer mit Recht erheben, müssen heute in ein gesellschaftsveränderndes Projekt eingebettet sein. Sind die Forderungen ernst gemeint so muss auch klar sein, dass diese auf den erbitterten Widerstand der Unternehmer und des bürgerlichen Machtkartells stossen werden. Angesichts dieser politischen Situation erweist sich die Orientierung der Keynesianer am Klassenkompromiss als problematisch; sie beinhaltet die Domestizierung des Klassenkampfes durch korporatistische Strukturen und eine entsprechende Politik, die nicht auf ein Zurückdrängen der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gerichtet ist, sondern auf Teilhabe an der Macht. Insbesondere im Rahmen der EU ist ein solcher Neokorporatismus Praxis. Dieser neue Korporatismus dient unter den restriktiven wirtschaftlichen Bedingungen des neuen Regimes der flexiblen Akkumulation nicht mehr einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, sondern der Lohnrestriktion und dem „sozialen Dialog“, d.h. der Einbindung der Lohnabhängigen ins kapitalistische System (Eberle / Schäppi 2002). Unter den strukturellen Bedingungen des Fordismus war da für sie noch etwas zu holen, während heute, unter restriktiven Bedingungen, sich die Systeme der Klassenkollaboration zunehmend gegen die Lohnabhängigen wenden. Der Neokorporatismus ist dabei noch folgenreicher als der traditionelle Korporatismus: Die Unzufriedenheit der Lohnabhängigen wird mit Scheinkonzessionen und Scheinalternativen in „vernünftige“ Bahnen gelenkt. Widerstandsgeist wird damit gebrochen, und die Arbeitenden werden den Zielen der kapitalistischen Profitakkumulation unterworfen. Keynesianische Politik ist in ihrer Ausrichtung auf staatliche Regulierungen und Sozialpartnerschaft auch Stellvertreterpolitik. Sie bedeutet Unterordnung unter die Interessen einer politischen Elite, welche ins System eingebunden ist und in ihm nicht schlecht lebt.

Dies erklärt auch, weshalb heute der traditionelle Reformismus bei den meisten sozialdemokratischen Parteien ausser Kurs geraten ist. Da scheinbar keine gesellschaftliche Alternative mehr sichtbar geschweige denn durchsetzbar ist, orientieren heute viele Linke ihre Politik am „Machbaren“. Um die Macht nicht herausfordern zu müssen, sondern sich selber an der Macht zu halten, setzen sie aus eigener Initiative „Reformen“, d.h. Sozialabbau durch, und die Politik wird nicht mehr an den Bedürfnissen der grosse Masse der Lohnabhängigen ausgerichtet, sondern an den neuen Mittelschichten, welche von den negativen Folgen der Globalisierung weniger betroffen sind und von den steigenden Gewinneinkommen, den hohen Realzinsen oder von Börsengewinnen mitprofitieren. Löhne und Sozialversicherungen werden nicht verteidigt, zur Privatisierungsfrage hat man im besten Fall eine ambivalente Haltung. Und gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen aus Gründen der Profitsteigerung wird auf der politischen Ebene nichts unternommen – im Gegenteil: Der Restrukturierungsprozess wird als unvermeidbar und ökonomisch sinnvoll gerechtfertigt. Das Ganze wird dann als „Sozialliberalismus“ verkauft.

Grundlinien einer Alternative

Die Entwicklung einer Alternative hat bei den gegenwärtig zentralen Problemen der breiten Bevölkerungsschichten anzusetzen: Bei der immer ungerechteren Einkommensverteilung, bei der Arbeitslosigkeit und bei der zunehmenden Schere zwischen Profitsteigerung und gesellschaftlichen Bedürfnissen. Forderungen müssen dabei in ein gesellschaftsveränderndes Projekt, ein Projekt der gesellschaftlichen Befreiung eingebettet sein. Mit Bezug auf die Forderungen der Keynesianer heisst dies zum Beispiel:

- Gefragt ist nicht nur eine aktive Lohnpolitik, sondern die Durchsetzung eines existenzsichernden Einkommens und existenzsichernder Renten. Der Warencharakter der Erwerbsarbeit ist nach Möglichkeit zurückzudrängen.
- Vollbeschäftigung kann nicht allein mit Zinspolitik und Wachstumspolitik hergestellt werden. Es braucht dazu eine radikale Arbeitszeitverkürzung, welche die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit durch die Umverteilung der Erwerbsarbeit und der Nichterwerbsarbeit ermöglicht und das Grundrecht auf Gesundheit durchsetzt.
- Der Service public darf nicht privatisiert, sondern muss ausgebaut werden, insbesondere im Bereich der Bildung, der Kultur und des Gesundheitswesens. Die Tendenz, den Menschen total (inklusive Körper und Seele) der Profitlogik zu unterwerfen und zur Ware zu machen, muss durchbrochen werden. Dies ist nur möglich, wenn dem heutigen Trend, alles zu privatisieren und zu rentabilisieren, die gesellschaftliche Aneignung des produzierten Reichtums entgegengesetzt wird. Eine massive Besteuerung der Vermögen und der Gewinneinkommen zur

Finanzierung des Service public und der existenzsichernden Einkommen und Renten bilden dazu einen ersten Schritt.

- Statt dem Restrukturierungsprozess tatenlos und der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zustimmend zuzusehen, müssen politische Massnahmen ergriffen werden, um den Kündigungsschutz zu verstärken und eine Vernichtung von Arbeitsplätzen aus Gründen der Profitsteigerung zu verhindern.

Schon diese wenigen zentralen Forderungen werden auf den erbitterten Widerstand der Unternehmer und des Kapitals stossen. Wichtiger als das Aufstellen richtiger Forderungen sind deshalb Orientierungen und Massnahmen, um das Kräfteverhältnis zugunsten einer Alternative, eines emanzipatorischen Projektes zu verändern. Diese können hier nicht im Detail vorgeschlagen werden, denn letztlich ist die Entwicklung von Alternativen an einen Formierungs- und Organisationsgrad von Massenbewegungen gebunden. Diese Voraussetzung fehlt in der Schweiz. Es gibt aber auch in der Schweiz kleine mehr oder weniger isolierte Kristallisationspunkte des sich formierenden Widerstandes. Diese aus ihrer Isolierung herauszuführen wäre schon ein grosser Schritt vorwärts.

Nicolas Wuillemin, Streikführer und Betriebskommissionspräsident des Betriebs Boillat in Reconvilier (Swissmetall) fasste die Problematik des Bruches und des Aufbruchs in einen Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität an der Demonstration vom 8. April 2006 prägnant folgendermassen zusammen: „Das Geheimnis unserer Bewegung ist, dass wir eines Tages Nein sagten. Die Financiers, die uns eine Gesellschaft aufzwingen wollen, die nur auf maximalen Profit baut, und die dabei ganze Bereiche unserer Wirtschaft zerstören, müssen wir mit harter Hand und eisernem Willen bekämpfen. Ich lade auch die Politiker und die Gewerkschaften dazu ein. Sie können sich von einem Arbeitsfrieden befreien, der von den Patrons immer weniger respektiert wird.“

Heute, da die Arbeiterbewegung vor der Offensive des Neoliberalismus seit 2001 tendentiell zurückweicht, sind unserens Erachtens im Hinblick auf das Ziel eines emanzipatorischen Projekts folgende Fragen von strategischer Bedeutung:

I. Wollten die SPS und die Grünen als linke Parteien sich ernsthaft der neoliberalen Herausforderung stellen, drängten sich mindestens zwei organisatorische und strategische Neuerungen auf: Sie müssten sich demokratisieren, und sie müssten eine entscheidende Kraft werden im Kampf gegen die in den vergangenen Jahrzehnten verstärkte Herrschaft über die Lohnabhängigen in Gesellschaft und Arbeitswelt. Letzteres ist nur möglich, wenn sich die „reformwilligen“ Kräfte der SPS und der Grünen mit den aktiven Teilen der Gewerkschaftsbewegung verbünden und vor allem selbst in den Betrieben und in der öffentlichen Verwaltung mit politischen und gewerkschaftlichen Aktivistinnen und Aktivisten präsent sind. Die Partei-

en müssten ihre Programmatik an den sozialen Konflikten und den Aufgaben der Aktivistinnen und Aktivisten ausrichten und nicht primär auf die diversen politischen Konsensmechanismen Rücksicht nehmen. Die Programmdebatte wäre damit als ein Prozess zu verstehen, in dem sich die Parteien periodisch über ihre wichtigsten Ziele und Schritte verständigen. Und dieses Programm müsste für alle Parteimitglieder verbindlich sein, für BasisaktivistInnen wie – und dies vor allem – auch für Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Parlamentarierinnen, aber auch – im Rahmen ihrer institutionellen Möglichkeiten – für die leitenden Beamtinnen und Beamten und für die verantwortlichen Manager von öffentlichen Unternehmen. Damit würde das Parteiprogramm bereits während seiner Erarbeitung zu einem zentralen Referenzpunkt für das politische Handeln der Parteien, und die Parteimitglieder würden in den Bewegungen und vor allem den progressiven Teilen der Gewerkschaften zu einem wichtigen und zuverlässigen Faktor im Kampf für ein emanzipatorisches Projekt.

II. Dies erfordert ein distanzierendes, kritisches Verhältnis zu den verschiedenen Mechanismen der Klassenkollaboration. Die Prioritäten der Parteien und der Gewerkschaften wären auf die Verwirklichung eines Projektes sozialer und politischer Befreiung und an den Kristallisationspunkten des Widerstands ausgerichtet. Dafür ist nicht in erster Linie das Ausmass der Vertretung in den Parlamenten, den Regierungen und anderen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen entscheidend, sondern die Unterstützung der immer wieder aufbrechenden Konflikte in enger Zusammenarbeit mit den BasisaktivistInnen.

III. Die Linke braucht die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit und nicht so sehr der professionellen Mittelschichten; sie hat sich auch um die prekarierten Schichten und die Arbeitslosen zu kümmern und nicht nur um die Kernbelegschaften, die gegen die regressiven Auswirkungen des Regimes der flexiblen Akkumulation besser geschützt sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer offensiven Politik zur Rechtsangleichung der MigrantInnen, der Gleichstellung der Frauen, zur Sicherung und Erhöhung der Minimallöhne, zur Verbesserung des Kündigungsschutzes für Mieter und Lohnabhängige und zur Einführung demokratischer Minimalstandards in das Arbeits- und Betriebsleben.

IV. Der Internationalismus ist immer noch der beste Gradmesser des kritischen Bewusstseins einer linken Bewegung. Und ebenso klar ist, dass ein echter Internationalismus heute das grösste und verhängnisvollste Tabu linker Politik ist. Notwendig ist daher die Entwicklung eines neuen Internationalismus auf der Basis einer weltweiten Koordination mit kämpferischen sozialen Bewegungen und Organisationen. Dies als Alternative zu einem nationalen oder übernationalen Wettbewerbspakt, wie ihn z.B. die

EU mit der Strategie von Lissabon propagiert und an welchem sich vor allem die SPS, aber auch die Grünen und der SGB immer wieder orientieren. Der neue Internationalismus hat ein reiches Betätigungsfeld in der Schweiz mit ihrer global führenden Finanzindustrie und den multinationalen Konzernen. Deren bestimmender Einfluss auf die Politik der Schweiz lässt die bürgerlich-demokratischen Mechanismen immer mehr zur Farce werden. Dieser neue Internationalismus hat nichts zu tun mit dem Morast des „humanitären“ Interventionismus, in den ein grosser Teil der Linken etwa angesichts der Balkankriege, des Krieges gegen den Terror und des Nahostkonfliktes hineingeraten ist. Basis ist vielmehr das Verständnis der materiellen und machtmässigen Grundlagen internationaler Konflikte und ihrer Bedeutung für die Entwicklung von Kräfteverhältnissen im globalen Kampf um soziale Befreiung.

Konkret folgt daraus praktische Solidarität mit fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in Palästina, auf dem Balkan, in Afghanistan, im Irak, mit Venezuela, Bolivien und Kuba, mit den kämpferischen Gewerkschaftsbewegungen, die in der Auseinandersetzung mit Schweizer Konzernen ihr Recht verlangen wie z.B. auf den Philippinen oder in Kolumbien. Die internationalen Organisationen und Koordinationsgremien der grossen Kapitalinteressen und der kapitalistischen Staaten wie NATO, G8, IWF, WTO, Weltbank, WEF und OECD sind weitgehend Instanzen zur Durchsetzung der Disziplin im globalen Regime der flexiblen Akkumulation. Diese Organisationen stehen den von den sozialen Bewegungen erhobenen Ansprüchen der Befreiung von den wachsenden Zwängen der kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen diametral entgegen. Dieser Anspruch auf Befreiung steht auch hinter der Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden. Von daher muss ein Beitritt zur EU, wie er etwa im Zentrum der Programmdiskussion der SPS steht, zurückgewiesen werden. Die allfällige Beteiligung an der europäischen Integration könnte von linker Seite nur im Verständigungsprozess mit den kämpferischen sozialen Bewegungen in der Schweiz und in Europa befürwortet werden.

V. Ziel ist eine Veränderung der Kräfteverhältnisse, was eine Herausforderung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse möglich macht. Die kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses muss konkret vorangetrieben werden, indem die praktischen Erfahrungen mit den Problemen gesellschaftlicher Selbstorganisation vertieft werden. Reconvillier hätte hier als Laboratorium dienen können: Hier bestand das Problem darin, dass es keine auch nur annähernd günstigen Bedingungen gab, die Verhältnisse zugunsten der Kämpfenden zu wenden, solange man in einem pragmatischen, auf Ausgleich bedachten Politikverständnis verharret. Diese Tatsache, die viele Streikende und Solidaritätsaktionen durchaus reflektieren, wurde eigentlich von keiner Organisation, auch nicht

von den Gewerkschaften, politisch-strategisch interpretiert, schon gar nicht von der Sozialdemokratie und den Grünen, denen dieser Arbeitskampf – wie oft in solchen neuralgischen Konfliktlagen – ohnehin eher unangelegen kam. Würden die Grenzen des sogenannt Real-Möglichen überschritten, hätte man in Anknüpfung an die Forderung eines Teiles der Belegschaft also den Betrieb unter der Verantwortung des Kantons Bern aus der Swissmetal herausgelöst, so wäre der Kanton Bern unter Handlungsdruck geraten. Vor allem die rot-grüne Regierungsmehrheit hätte nicht länger abseits stehen können, ohne ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Dies hätte die ungünstigen Kräfteverhältnisse etwas zugunsten der Arbeitenden verändern können. Denn Befreiung ist gerade heute das Sich-Befreien von den „Sachzwängen“, die immer als das einzig Mögliche und Alternativlose gelten.

Eine radikale Linke, welche den Bruch mit dem Kapitalismus anstrebt, ist heute nur glaubwürdig, wenn sie erstens bereit ist, die sozialistischen Experimente der Vergangenheit schonungslos zu kritisieren, und zweitens: Ohne die Entwicklung von konkreten Alternativen, konkreten Utopien zum real existierenden Kapitalismus kann niemand von der Notwendigkeit eines Bruchs überzeugt werden. Solange diese tiefgreifende Krise der Linken nicht überwunden wird, wird es niemanden erstaunen, wenn angesichts der Kollusion der Linken mit den realen Machtstrukturen Teile der Bevölkerung, welche in der heutigen Entwicklung unter die Räder kommen, ins rechtspopulistische und rechtsextreme Lager abwandern. Anknüpfen sollten wir heute an libertären und marxistischen Traditionen. Hier finden wir eine reichhaltige Reflexion und Erfahrung, wie Perspektiven eines Projektes gesellschaftlicher Befreiung und damit einer strategischen Orientierung auf die Überwindung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gewonnen werden können. Dabei musste gelernt werden, in langen Phasen des Abwartens, des Zögerns und Zurückweichens der Arbeiterbewegung an Perspektiven festzuhalten. Die Kritik der politischen Ökonomie und die kritische theoretische Arbeit überhaupt erhalten erst in diesem Zusammenhang ihren praktischen Sinn.

Literatur

- Chesnais, François, 2006: Les conditions quotidiennes des luttes et la perspective du communisme. Carré Rouge. Paris (auch auf: http://193.251.12.15/SPIP-v1-8-2-e/article.php3?id_article=38)
- Collin, Denis, 2000: Néo-libéralisme ou keynésianisme rénové: la fausse alternative. Dans: L'Homme et la Société. Nr. 135. Paris
- Dräger, Klaus, 2005: Alternativen zur Lissabon-Strategie der EU. Europa braucht eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie. In: Widerspruch Heft 48. Zürich
- Durand, Maxime, 1999: Keynes, L'Europe, la Gauche. Critique communiste nr 155. Paris
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2001: Politische Linke und Neue Mitte. Zur Repolitisierung der Herrschafts- und Klassenfrage. In: Widerspruch Heft 41. Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2002: Flexibilisierungspakt oder Sozialismus. Politische Perspektiven der Linken. In: Widerspruch Heft 43. Zürich

- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2004: Neoliberalismus: Durchsetzung, Ausprägungen und Widerstand. Mit einem Blick auf die Schweiz. In: Reader der ersten Sommerakademie von attac schweiz. Verstehen um zu verändern. 10. – 12. September 2004. Vernamiège (VS)
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2005: Modernisierungspartei oder emanzipatorisches Projekt? Zur aktuellen Debatte über das Wirtschaftsprogramm der SP Schweiz. In: Widerspruch Heft 48. Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2006: Kritik der Politischen Ökonomie. Aktualität und Problemstellung eines Bruches. In: Denknetz – Jahrbuch 2006. Zürich. (Erscheint im Herbst 2006).
- Gaillard, Serge / Denss, Claudia, 2006: Vollbeschäftigung ist möglich, wenn die Politik dies will. Rote Revue Nr 1. Bern
- Husson, Michel, 2001: Années 70 – Les leçons de la crise. Dans: Michel Husson, Isaac Joshua, Éric Toussaint, Michel Zerbato: Séminaire marxiste. Crises structurelles et financières du capitalisme au 20ième siècle. Paris
- Husson, Michel, 2002: Unser Realismus bedeutet: mit dem System brechen. Inprekorr Nr. 368 (Auch auf : <http://hussonet.free.fr/inpk368.pdf>)
- Lipietz, Alain, 1985: L'audace ou l'enlissement. Sur les politiques économiques de la gauche. Paris
- Löpfe, Philipp / Vontobel, Werner, 2005 : Der Irrsinn der Reformen. Warum mehr Wettbewerb und weniger Staat nicht zu Wohlstand führen. Zürich
- Mattick, Paul, 1971 : Marx und Keynes. Die Grenzen des „gemischten Systems“. Frankfurt/M.
- Niggli, Peter, 2004: Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert. Zürich
- Ross, George / Jenson, Jane, 1988: The Tragedy of the French Left. New Left Review 171. London
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz, 2006: Neues Wirtschaftskonzept der SP Schweiz. Antrag der Geschäftsleitung an die Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2006 in Delémont. Bern.

„...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...“

Ein Bildungskurs des Marxistischen Forums

Marx lesen. Marx diskutieren.

Der Kurs wird seit mehreren Jahren durchgeführt und behandelt an 6 Abenden die Themen:

Was ist Marxismus? Arbeit. Ausbeutung. Klasse. Ideologie. Utopie.

Die nächste Reihe findet wiederum in Basel statt und beginnt am 31. August 2006.

Anmeldung und weitere Informationen bei: Marxistisches Forum
 c/o Postfach 3733
 4002 Basel
 Email: marx.forum@gmx.ch
 Telefon: 079 483 15 90